

Niederschrift zur 9. Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem 13. März 2012 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.30 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften zur 4. Sitzung am 13. Oktober 2011 und zur 7. Sitzung am 19. Januar 2012
3. Städtebaulicher Wettbewerb „Kleine Wolke“
4. Spielhallenkonzept für das Zentrum von Vegesack
5. Bürgerservice im Stadtteil
- Dienstleistungsangebot -
6. Besetzung von Ausschüssen
 - a) Ausschuss für Bildung, Kinder, Jugendliche und deren Familien
Vorschlagsrecht: Bürger in Wut
 - b) Ausschuss für Soziales, Prävention und Integration
Vorschlagsrecht: Bürger in Wut
 - c) Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Sport
Vorschlagsrecht: Bürger in Wut
 - d) Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten
7. Beratung der Anträge zur Inneren Sicherheit
8. Beratung der übrigen Anträge und Anfragen
9. Anträge und Anfragen der Parteien
10. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
11. Mitteilungen der Beiratssprecherin
12. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Keßenich, Gundram
Kiener, Günter
Kurt, Sabri,
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Sonnekalb, Ralf
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried ab (18.38 Uhr)
Tienken, Volker

Nicht teilgenommen

Wemken, Manfred (entschuldigt)

Sonstige Teilnehmer:

Herr Dedner (Polizeirevier Vegesack)
Frau Dropmann (Drohner Grün GmbH & Co. KG)
Herr Hafke (Bauamt Bremen-Nord)
Herr Töllner (Polizeirevier Vegesack)
Frau Wessel-Niepel (Stadtamt Bremen)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Die Einladung ist den Beiratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen.

Er weist darauf hin, dass der vorgeschlagene Tagesordnungspunkt 9 zu streichen ist.

Herr Degenhard beantragt an Stelle der Beratung der Anträge zum Thema Innere Sicherheit einen Tagesordnungspunkt zum Thema Innere Sicherheit insgesamt zu beschließen.

3 Beiratsmitglieder stimmen für den Antrag von Herrn Degenhard, ein Beiratsmitglied enthält sich, die restlichen Mitglieder stimmen dagegen. Damit ist der Antrag von Herrn Degenhard zur Aufnahme eines Tagesordnungspunktes zum Thema Innere Sicherheit abgelehnt.

Bei einer Enthaltung wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Der Vorsitzende verliest einen schriftlich vorliegenden Antrag (Bürger siehe Anlage), der die neue Taktung des Fahrplans der Nord-Westbahn, wodurch es zu längeren Wartezeiten an den Bahnübergängen kommt, zum Gegenstand hat.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften zur 4. Sitzung am 13. Oktober 2011 und zur 7. Sitzung am 19. Januar 2012

Zur Niederschrift der 4. Sitzung bittet Herr Buchholz auf Seite 5, 2. Absatz um die Korrektur des Wortes „ein“ zu „einen“.

Zur Seite 6 merkt er an, dass der inhaltliche Teil zum Kulturpreis Berücksichtigung finden sollte. Der Antrag der FDP-Beiratsfraktion vom 29. September 2011 soll als Anlage zum Protokoll genommen werden.

Mit diesen Änderungen wird die Niederschrift zur 4. Sitzung am 13. Oktober 2011 einstimmig beschlossen.

Die Niederschrift zur 7. Sitzung am 19. Januar 2012 wird wie vorliegend einstimmig genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Städtebaulicher Wettbewerb „Kleine Wolke“

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Hafke und Frau Dropmann und führt in die Thematik ein. Vor ca. 8 Jahren wurden die ehem. Fabrikhallen der Bremer Tauwerke-Fabrik abgerissen und damit ein Gelände von ca. 33.000 Quadratmetern freigesetzt.

Um dieses Gelände nunmehr einer neuen Nutzung zuführen zu können, wird im Auftrag des Eigentümers ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Dieser bildet den Rahmen für einen aufzustellenden Bebauungsplan.

Der Vorsitzende schlägt dem Beirat vor, da keine vorbereitenden Unterlagen den Fraktionen zur Verfügung standen, die folgenden Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen und in den Fraktionen zunächst die Thematik zu beraten, bevor sie in der nächsten Sitzung des Beirates erneut aufgerufen wird.

Herr Hafke führt aus, dass der Eigentümer des Grundstücks in eigener finanzieller Verantwortung einen Städtebaulichen Wettbewerb durchführen möchte. Bisher konnte das Grundstück leider nicht vermarktet und einer Nutzung zugeführt werden. Das Bauamt Bremen-Nord hatte bereits im April 2005 einen Entwurf mit der Plan-Nr. 1243 im Kulturbahnhof vorgestellt.

Herr Hafke erklärt das weitere Verfahren. Der Auslobungstext steht kurz vor der Fertigstellung. Er stellt die Lage des vollkommen erschlossenen Geländes vor. Die Fläche wurde bereits vollständig bereinigt.

Die betriebliche Nutzung des angrenzenden Betriebes „Kleine Wolke“ wird Auswirkungen auf die weitere Nutzung und insb. eine Wohnnutzung haben.

Es ist geplant, die Erschließung des Geländes zu bereinigen und unabhängig vom Gewerbe anzubinden. Weitere Fußwegeverbindungen sollen geschaffen werden.

Der Emissionsschutz ist aufrechtzuerhalten, die bestehenden Lücken sind vom Vorhabenträger zu schließen. Die bestehende gewerbliche Nutzung soll nicht eingeschränkt werden.

Herr Hafke geht auf die Ortsgeschichte ein und stellt anschließend die besonderen Aspekte für die Fläche in tabellarischer Form dar.

Die Fläche ist in der Wohnungsbaukonzeption der Freien Hansestadt Bremen aufgeführt.

Der vom Bürgermeister initiierte Arbeitskreis Bremen-Nord hat den Entwurf präzisiert und sich für eine differenzierte Bebauung in mehreren Etappen ausgesprochen. Energetisches Bauen soll besonders berücksichtigt werden.

Die Eingaben des Bauamtes Bremen-Nord fließen in den Auslobungstext für den Städtebaulichen Wettbewerb mit ein. Eine Fachjury wird im Anschluss die Architektenentwürfe beurteilen. Mitglieder dieser Jury werden der Ortsamtsleiter sowie Vertreter des Beirates sein.

Frau Sprehe merkt an, dass das Grundstück auf Grund seiner Größe auch ein besonderes Augenmerk für den Beirat darstellt. Sie regt an, auf Grund der Fülle der vorgetragenen Informationen die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu vertagen und zunächst eine Beratung innerhalb der Fraktionen zu ermöglichen.

Sie begrüßt das Engagement des Eigentümers.

Herr Buchholz meint, dass die Konzeption in die Gesamtsituation eingebettet werden muss. Ohne Veränderung an dem Baukomplex Grohner Düne wird jede Konzeption nur eine begrenzt durchschlagende Wirkung entfalten.

Entweder ist die Grohner Düne zurück zu bauen oder ihre Bewohnerstruktur zu verändern.

Frau Spiegelhalter-Jürgens begrüßt die Differenziertheit, die hinsichtlich der Wohnbebauung (Reihenhäuser, Einfamilienhäuser, Geschosswohnungen) vorgesehen ist.

Das Gelände bietet zudem eine einmalige Chance, energiesparendes Bauen und Wohnen in einem Klimaschutzwohnpark, ähnlich dem Zeropark in Hannover, umzusetzen.

Herr Scharf kritisiert den Geschosswohnungsbau. Auf seine Nachfrage bzgl. eines potentiellen Investors teilt Herr Hafke mit, dass es derzeit keinen Investor gibt. Der Eigentümer agiert auf eigenes Risiko. Die Vermarktungschancen steigen allerdings mit einem tragfähigen Bebauungskonzept.

Herr Degenhard spricht sich für die Schaffung weiterer Wohngelegenheiten in Bremen-Nord aus. Auch er sieht die Nähe zur Grohner Düne kritisch.

Des Weiteren weist er daraufhin, dass die Gewosie Reihenhäuser auf dieser Fläche bauen wollte. Offensichtlich ist dieses Engagement allerdings nicht zu Stande gekommen.

Da die Fragestellung nach Einschätzung von Herrn Hafke kompliziert ist, sollen sich kompetente Architekten am Wettbewerb beteiligen. Es werden zwei einheimische und zwei auswärtige Architekten angesprochen.

Evtl. wird im Zuge der weiteren Planungen auch die Grohner Düne entsprechend mit berücksichtigt werden.

Herr Hafke weist darauf hin, dass die Gewosie im anschließenden Bieterverfahren selbstverständlich nicht ausgeschlossen wird.

Herr Kurt begreift das anstehende Verfahren als Chance für Bremen-Nord und insb. für die Bewohner in der Grohner Düne.

Auf Nachfrage von Frau Spiegelhalter-Jürgens nach evtl. Altlasten berichtet Herr Hafke, dass entsprechende an das Bauamt herangetragene Informationen zur weiteren Klärung an das Umweltressort weitergeleitet wurden. In einem Gutachten wurde bereits ausgeführt, dass die Bodenqualität Spielflächen erlaubt.

Frau Sprehe erfragt den Zeitplan.

Wenn der Auslobungstext vorliegt, wird der Wettbewerb durchgeführt. Dieser wird voraussichtlich 2 Monate dauern. Anschließend wird das Bieterverfahren für potentielle Investoren eröffnet.

Welches Planungsrecht angewendet wird, hängt von den Ergebnissen des Wettbewerbs und der Investorenlage ab.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Beirat die Ausführungen zur Kenntnis nimmt. Die vorgestellten Planungen werden zunächst in den Fraktionen beraten, so dass der Beirat die Thematik während seiner nächsten Sitzung erneut aufrufen und behandeln wird.

An der Wettbewerbsjury wird der Ortsamtsleiter teilnehmen. Der Beirat wird jeweils ein Mitglied jeder Beiratsfraktion entsenden.

Tagesordnungspunkt 4

Spielhallenkonzept für das Zentrum von Vegesack

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Das Zentrum von Vegesack ist als Kerngebiet ausgewiesen, so dass in diesem Bereich Spielhallen grundsätzlich erlaubt sind und nur die beschränkenden Regelungen des Bremischen Spielhallengesetzes greifen.

Bestehende Spielhallen genießen einen Bestandsschutz.

Eine Spielhalle kann grundsätzlich nur verboten werden, wenn planungsrechtlich alternative Standorte für die Ansiedlung aufgezeigt werden. Ein generelles Spielhallenverbot kann also nicht ausgesprochen werden.

Das Bauamt Bremen-Nord hat ein Konzept für das Zentrum von Vegesack entworfen. Dieses soll in den neu aufzustellenden Bebauungsplan für den Bereich des Vegesacker Bahnhofsvorplatzes mit einfließen.

Herr Hafke stellt das aktuell geltende Bauplanungsrecht dar. Die Abstände zwischen den einzelnen Spielhallen im Kern- wie Mischgebiet ergeben sich aus dem Bremischen Spielhallengesetz.

Zzt. befinden sich 8 Spielhallen verteilt auf insg. 7 Standorte im Zentrum von Vegesack. Baurechtlich können Spielhallen nur aus besonderen städtebaulichen Gründen, nicht aber aus moralischen (z.B. Jugendschutz) ausgeschlossen werden.

Das Spielhallenkonzept entwickelt keine eigene rechtliche Wirkung. Es muss in den Bebauungsplänen umgesetzt werden. Das Konzept dient also als Grundlage für die Änderung von Bebauungsplänen.

Herr Hafke stellt die wesentlichen Bausteine des Konzeptentwurfs vor:

1. Wichtige öffentliche Plätze und Zonen
2. Historische Stadtquartiere
3. Weitere zulässige Bereiche: Bereiche zur Ansiedlung müssen ausgewiesen werden
4. Hauptzugänge
5. ausnahmsweise zulässig

Herr Hafke stellt zum Ist-Zustand vergleichsweise den Stand dar, würde das Konzept Anwendung finden. Außerdem zeigt er die maximale Anzahl und Verortung der Spielhallen auf, die möglich wäre, würden die Möglichkeiten, die das Konzept bietet, vollständig ausgenutzt werden.

Herr Pörschke geht auf die Situation der Alten Hafenstraße ein. Er spricht sich dafür aus, diese insgesamt für die Ansiedlung von Spielhallen auszuschließen.

Herr Degenhard unterstützt den vorliegenden Entwurf und spricht die Problematik der Nutzer von Spielhallen an.

Herr Buchholz bezeichnet das Konzept als stimmig. Er bittet darum, auch den Ellipsenplatz mit aufzunehmen.

Frau Sprehe spricht sich dafür aus, auch in dem Bereich hinter dem Haven Hööv die Spielhallenansiedlung auszuschließen.

Herr Scharf stimmt diesem Vorschlag zu.

Herr Kurt weist darauf hin, dass Jugendliche geschützt werden sollten.

Auf die Frage von Frau Frenzel, ob in der Breiten Straße gegenüber der Schule die Ansiedlung ausgeschlossen ist, verweist der Vorsitzende auf den Radius von 250 m, der lt. Spielhallengesetz für diesen Bereich greift und damit die Ansiedlung ausschließt.

Herr Beringer spricht sich für eine verstärkte Kontrolle der Spielhallen aus.

Der Vorsitzende fragt, ob Wettbüros den Spielhallen gleichgestellt sind. Er regt an, den Begriff Vergnügungsstätten umfassend (Spielhallen, Wettbüros, sonstige Vergnügungsstätten) zu definieren.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat begrüßt die Ausführungen des Bauamtes Bremen-Nord zur künftigen Ansiedlung von Spielhallen im Zentrum von Vegesack und erweitert die vorgestellten Planungen um die Bereiche

1. gegenüber dem Gustav-Heinemann-Bürgerhaus,
2. um den Ellipsenplatz herum,
3. in der Alten Hafensstraße insgesamt und
4. um die Rückseite des Haven Höövts.

Der Beschluss ist auch auf Wettbüros und andere Vergnügungsstätten auszuweiten.

Ergebnis:

- einstimmig -

Sitzungsunterbrechung von 19.50 bis 20.00 Uhr

Tagesordnungspunkt 5 Bürgerservice im Stadtteil - Dienstleistungsangebot -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Wessel-Niepel. Sie ist seit Januar 2012 als Leiterin des Stadtamtes Bremen tätig.

Bereits im März 2011 war Frau Pape-Post (Abteilungsleiterin beim Senator für Inneres und Sport) im Beirat. Seiner Zeit konnte sie das Dienstleistungsangebot sowie die Öffnungszeiten des Bürgerservice-Centers (BSC) Nord, dessen Eröffnung zunächst für Mai 2011 geplant war, nicht konkret absehen.

Nun allerdings steht die Eröffnung des BSC Nord in Kürze bevor.

Der Vorsitzende kritisiert die Kommunikation der senatorischen Behörde. Bisher hat sie auf die Beschlussfassungen des Beirates und die Schreiben des Ortsamtes nicht geantwortet. Informationen konnten lediglich der Presse entnommen werden.

Frau Wessel-Niepel teilt mit, dass der Einzug der Bürgerämter und des Standesamtes Bremen-Nord für die Woche zwischen Himmelfahrt und Pfingsten, also im Mai, geplant ist. Die KfZ-Zulassungsstelle wird einen Monat später umgezogen.

Sie ist zuversichtlich, dass ein modernes BSC eröffnet werden kann, das kundenfreundlicher, mit einer besseren Kundensteuerung und einer großen Wartezone ausgestattet sein wird.

Das BSC wird die 2. Etage des Stadthauses Vegesack beziehen.

Es wird ein Schnellschalter, z.B. für die Passabholung, eingerichtet werden.

Die Büros werden ansprechend ausgestattet.

Das Dienstleistungsangebot wird mit bestehendem Umfang aufrecht erhalten. Das Angebot ist damit größer als das im BSC Mitte und in der Stresemannstraße.

Das Stadtamt ist Referenzbehörde zur Weiterentwicklung von Kundenfreundlichkeit. Dieses Projekt wurde mit entsprechenden Mitteln des Senats hinterlegt.

Ziel ist es allerdings, dass die Bürgerinnen und Bürger viele Sachen von zu Hause aus erledigen können.

Ein Bremen weites, Behörden übergreifendes Terminmanagementverfahren soll entwickelt werden. Es sollen Selbstbedienungsterminals (SB-Terminals) z.B. für die Wohnungsanmeldung aufgestellt werden. Die SB-Terminals können mit den neuen Personalausweisen bedient werden.

Auch wird im BSC Nord das Kassensystem neu aufgebaut. Es besteht dann die Möglichkeit, bei jedem Sachbearbeiter mit EC-Karte zahlen zu können.

Außerdem wird eine moderne Aufrufanlage installiert.

Das Trauzimmer wird neu, modern und freundlich ausgestattet.

Die Öffnungszeiten für die KfZ-Zulassung werden erweitert. Die Besuchszeiten beginnen morgens jeweils um 7.30 Uhr. Insgesamt werden 35,5 Std. zzgl. der sog. Nachlaufzeiten (=39,5 Std.) pro Woche angeboten.

Frau Wessel-Niepel zeigt Verständnis für die Forderung aus Bremen-Nord für umfangreiche Öffnungszeiten. Allerdings lassen die zur Verfügung stehenden Personalressourcen keine längeren Öffnungszeiten, insb. in den Abendstunden und den Samstagen zu.

Es wird einen Nachmittag geben, an dem bis 17.00 Uhr zzgl. einer weiteren Stunde mit Terminvergabe geöffnet wird.

Es wird ein Lenkungsausschuss unter Beteiligung externer Berater eingesetzt, der alle Prozesse im Stadtamt analysiert. Die Ergebnisse fließen in die Personalbemessung mit ein. Eine besondere Priorität genießen hierbei die Ausländerbehörde und die BSCs.

Für den ersten Zeitraum nach der Eröffnung werden Kräfte aus dem BSC Mitte zur Unterstützung und zur Schulung im BSC Nord eingesetzt.

Herr Scharf kritisiert die geplanten Öffnungszeiten und fordert eine Nachsteuerung. Er schlägt vor, ggf. einen Vormittag zu Gunsten einer Nachmittagsöffnung zu schließen.

Es wurde im Interesse der Mitarbeiter gehandelt, nicht der Kunden.

Frau Wessel-Niepel teilt mit, dass in den ersten drei Monaten nach Eröffnung des BSC Nord die Kundenwünsche hinsichtlich der Öffnungszeiten erfragt und evaluiert werden.

Außerdem erhofft sie sich viel von dem Instrument der Terminvergabe. Zudem wird es möglich sein, beispielsweise den Personalausweis an anderer Stelle abzuholen, als er beantragt wurde.

In der Innenstadt stehen 40 bis 50 Mitarbeiter zur Verfügung, für Bremen-Nord ca. 20. Sie wirbt dafür, auf die Struktur mit vielen Teilzeitkräften Rücksicht zu nehmen. Den i.d.R. in Teilzeit tätigen Müttern ist es nicht zuzumuten, in den Nachmittags-, Abend- oder Wochenendstunden zu arbeiten, da dann die Kinderbetreuung nicht sichergestellt werden kann.

Herr Buchholz geht auf die Bevölkerungsstruktur Vegesacks ein. Die vielen älteren Menschen suchen den persönlichen Kontakt in den Behörden, sie erledigen ihre Behördengänge nur in begrenztem Umfang online. Das Dienstleistungsangebot ist auf die Nutzer und nicht umgekehrt auszurichten.

Auch er kritisiert scharf den Unterschied zwischen der reduzierten Öffnungszeit des BSC Nord zu den deutlich umfangreicheren des BSC Mitte.

Er gibt zu bedenken, dass bei der Eröffnung ein erhöhter Personalbedarf bestehen wird, der sicher zustellen ist.

Frau Sprehe schließt sich der Kritik bzgl. der Öffnungszeiten an und weist in diesem Zusammenhang auf die große Bevölkerungsanzahl Bremen-Nords hin. Wie gut der Dienstleistungsabend des Bürgeramtes Vegesack angenommen wurde, konnte beispielsweise zu den zeitgleich stattfindenden Beiratssitzungen beobachtet werden. Zudem habe die SPD-Fraktion eine Umfrage gemacht, die Bürgerinnen und Bürger erachteten dabei Öffnungszeiten am Abend und am Samstag als zwingend notwendig.

Frau Sprehe bewertet die Vergabe von Terminen positiv.

Herr Degenhard kann nicht nachvollziehen, warum die sich in der Innenstadt bewährten Öffnungszeiten nicht auf das BSC Nord übertragen werden. Bei dem Tausch einer Vormittagsöffnung zu Gunsten einer Nachmittagsöffnung würde sich die Öffnungs- und damit die Arbeitszeit insg. nicht verändern.

Herr Pörschke merkt an, dass die Wirtschafts- und Kundenströme bisher nicht berücksichtigt wurden. Unzureichende Öffnungszeiten führen dazu, dass die Menschen nicht in der Fußgängerzone gehalten werden können.
Auch bei technischem Fortschritt müssen die Mitarbeiter für die Bürger erreichbar sein.

Herr Beringer fragt, wie lange die Bürger auf einen Termin für die Abendstunden warten sollen, wenn lediglich eine Stunde pro Woche, donnerstags von 17.00 bis 18.00 Uhr angeboten wird.

Frau Wessel-Niepel stellt auf Nachfrage von Herrn Scharf fest, dass in dieser Zeit weniger Personal zur Verfügung steht als tagsüber. Termine sollen grundsätzlich auch über das Bürgertelefon 361-5 vereinbart werden können. Bereits am Empfangstresen werden die Unterlagen auf Vollständigkeit überprüft. Die Vorschläge und Forderungen des Beirates bzgl. der Veränderung und Ausweitung der bisher geplanten Öffnungszeiten wird sie mit in die Prüfgruppe nehmen. Auch die Forderung nach mehr Personal wird sie entsprechend kommunizieren.
Bei Stellenausschreibungen wird geschaut, dass die Bewerber auch nachmittags arbeiten wollen.

Herr Kurt fragt, ob die SB-Terminals auch weitere Sprachen als die deutsche anbieten. Diese Frage wird Frau Wessel-Niepel als Anregung mit aufnehmen.

Eine Bürgerin spricht sich für eine eindeutige Kunden- und Serviceorientierung des BSC Nord aus.

Auf die Nachfrage von Herrn Beringer führt Frau Wessel-Niepel aus, dass die Kollegen der Bürgerämter und der KfZ-Zulassungsstelle das Mitarbeiterkollegium des neuen BSC Nord stellen werden. Grundsätzlich soll jede/r Mitarbeiter/-in alle Aufgaben wahrnehmen können. In Einzelfällen macht allerdings doch eine Spezialisierung Sinn. Alle Dienstleistungen sollen während der gesamten Öffnungszeiten angeboten werden.
Das Stadtamt wurde von der Hertiestiftung für die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zertifiziert. Der Arbeitgeber hat grundsätzlich eine Fürsorgepflicht.
Die Anregung von Frau Sprehe, die Befragung der Kunden bzgl. der Öffnungszeiten auch online durchzuführen, nimmt Frau Wessel-Niepel gerne mit auf.

Der Vorsitzende regt an, die Befragung auch über das Vegesack Marketing e.V. in den Geschäften durchzuführen, dort könnten Fragebögen ausgelegt werden.

Herr Kiener merkt an, dass die Ausgestaltung der Öffnungszeiten eine Frage der Organisation sei.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag aus dem gemeinsamen Antrag der Beiratsfraktionen und ergänzt ihn um die Forderung, dass dem BSC Nord das ausreichende Personal zur Verfügung zu stellen ist.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Inneres und Sport auf, den gemeinsamen Beiratsbeschluss des Beirates Vegesack aus März 2011 umzusetzen und die Öffnungszeiten an die Bedürfnisse der Bürger anzupassen.

Dem Stadtamt sind die hierfür erforderlichen Personalressourcen zu bewilligen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Da die von Frau Wessel-Niepel angekündigte Umfrage in den ersten drei Monaten nach Eröffnung des BSC Bremen-Nord durchgeführt wird, sollen die Ergebnisse vier Monate nach der Öffnung dem Beirat vorgestellt werden.

Tagesordnungspunkt 6

Besetzung von Ausschüssen

- a. Ausschuss für Bildung, Kinder, Jugendliche und deren Familien**
Vorschlagsrecht: Bürger in Wut
- b. Ausschuss für Soziales, Prävention und Integration**
Vorschlagsrecht: Bürger in Wut
- c. Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Sport**
Vorschlagsrecht: Bürger in Wut
- d. Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten**

Herr Scharf beantragt für die Wahlen a bis c geheime Wahl.

Herr Degenhard teilt mit, dass die BiW die Wahlgänge aus der Januar-Sitzung des Beirates rechtlich prüfen lassen. Er sieht keinen Anlass für diesen Tagesordnungspunkt. Der Vorsitzende teilt mit, seine Aufgabe sei es, die Arbeitsfähigkeit der vom Beirat eingesetzten Ausschüsse herzustellen. Solange ein Platz in einem Ausschuss frei sei, müsste eine erneute Beiratsbefassung erfolgen – und zwar unabhängig von der durch die BiW angekündigte Prüfung der Rechtmäßigkeit der Ablehnung durch den Beirat.

Herr Kiener beantragt die Unterbrechung der Sitzung, woraufhin der Vorsitzende die Sitzung ab 21.15 Uhr für 10 Minuten unterbricht.

Herr Degenhard beantragt auch für Buchstabe d die geheime Wahl. Außerdem erläutert er seine Rechtsauffassung zu dem im Beirätegesetz definierten Wahlprozedere und kritisiert die Stellungnahme der Senatskanzlei. Im übrigen stimmt er jetzt einer Beiratsbefassung zu.

Der Vorsitzende stellt fest, dass 16 stimmberechtigte Beiratsmitglieder anwesend sind. Insgesamt werden vier geheime Wahlen durchgeführt. Die jeweils zu diesen einzelnen Wahlen verwendeten Stimmzettel sind entsprechend nummeriert.

- a. Ausschuss für Bildung, Kinder, Jugendliche und deren Familien
Stimmzettel 1
Vorschlagsrecht: BiW
Vorgeschlagene Person: Herr Degenhard
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
Herr Degenhard nimmt die Wahl an.
- b. Ausschuss für Soziales, Prävention und Integration
Stimmzettel 2
Vorschlagsrecht: BiW
Vorgeschlagene Person: Herr Degenhard
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen
Damit wurde Herr Degenhard nicht gewählt.
- c. Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Sport
Stimmzettel 3
Vorschlagsrecht: BiW
Vorgeschlagene Person: Herr Degenhard
Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen
Herr Degenhard nimmt die Wahl an.

- d. Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten
Stimmzettel 4
Vorschlagsrecht: Bündnis 90 / Die Grünen
Vorgeschlagene Person: Herr Neubronner
Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
Damit wurde Herr Neubronner gewählt.

Tagesordnungspunkt 7

Beratung der Anträge zur Inneren Sicherheit

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Töllner und Herrn Dedner. Es liegen vier Anträge zum Thema Innere Sicherheit vor. Da drei Anträge die gleiche Zielrichtung betreffen, schlägt der Vorsitzende eine gemeinsame Beratung vor. Die Antragsteller sind mit diesem Prozedere einverstanden.

Frau Sprehe erklärt, dass die SPD-Beiratsfraktion mit ihrem Antrag „Polizeipräsenz in Vegesack“ auf die bisher gefassten Beschlüsse hinweisen möchte. Sie war nie mit der Nachtschließung des Reviers einverstanden.

Herr Scharf spricht sich mit dem Antrag der CDU-Beiratsfraktion „Mehr Personal für die Polizei“ für mehr Personal aus, da eine Nachtöffnung des Reviers beispielsweise mit dem vorhandenen Personal gar nicht möglich wäre. Als Zielzahl definiert er die bereits aus der Reform stammende Anzahl von 2600 Polizisten.

Der Antrag der FDP-Beiratsfraktion „Nacht- und Wochenendschließungen für das Vegesacker Polizeirevier aufheben – Innensenator muss handeln“ zielt nach Ausführung von Herrn Buchholz auf eine Bekräftigung des Beiratsbeschlusses vom 9. Oktober 2008.

Herr Degenhard bemerkt die Emotionalität der Thematik. Er spricht sich für mehr Polizeipräsenz auf der Straße als in der Wache aus.

Frau Sprehe weist auf die Dringlichkeit mit der weitere Polizisten benötigt werden hin. Außerdem sollte eine Umstrukturierung in Richtung aufgezeigter Gefahrenpunkte erfolgen.

Herr Kurt meint, dass mehr Polizeipräsenz auf der Straße auch mehr Provokation bedeuten würde. Aus diesem Grund würde er nur einer Nachtöffnung der Wache zustimmen.

Herr Kiener führt aus, dass die geplanten Neueinstellungen nicht ausreichen würden. Die Opfer müssen Priorität erfahren, nicht die Täter.

Herr Töllner teilt mit, dass die Innen-Deputation den Senator für Inneres und Sport beauftragt hat, die Servicezeiten zu überprüfen. Dies hat zur Folge, dass die Standort- und Servicefrage Bremen weit neu diskutiert werden könnte. Zzt. wird konzeptionell gearbeitet. Neben Herrn Töllner gehören drei Revierleiter der AG an. Hauptaugenmerk wird sein, die Polizeipräsenz auf der Straße zu erhöhen. Wenn die Ergebnisse der AG vorliegen, werden die Beiräte und Ortsämter entsprechend beteiligt.

Herr Degenhard beantragt die Anträge nicht gemeinsam, sondern getrennt abzustimmen.

Antrag der SPD-Beiratsfraktion: Polizeipräsenz in Vegesack

Beschluss:

Der Beirat Vegesack bekräftigt seine gefassten Beschlüsse auf eine verstärkte Polizeipräsenz im Stadtteil Vegesack. Die Bürger haben einen berechtigten Anspruch auf Sicherheit. Die Nachtschließung des Polizeireviers in Vegesack ist endlich zurück zu nehmen und die Öffnungszeiten sind denen der Reviere in Blumenthal und Burglesum anzupassen.

Ergebnis:

12 Beiratsmitglieder stimmen dafür, 2 dagegen und 2 Mitglieder enthalten sich.

Antrag der FDP-Beiratsfraktion: Nacht- und Wochenendschließungen für das Vegesacker Polizeirevier aufheben – Innensenator muss handeln

Beschluss:

Der Vegesacker Beirat fordert Innensenator Mäurer auf, die Nacht- und Wochenendschließung des Polizeireviers im Mittelzentrum Vegesack umgehend aufzuheben und sicherzustellen, dass die Personalstärke angesichts von allein drei Gefahrenorten ein größtmögliches Maß an Schutz für die Menschen vor Ort gewährleisten kann.

Der Vegesacker Beirat erwartet, dass die bereits im Zuge der Polizeireform versprochene Zusage, jeden Einsatzort innerhalb von 8 Minuten erreichen zu können, auch tatsächlich umgesetzt wird. Insoweit bekräftigt der Beirat seinen Beschluss vom 9 Oktober 2008.

Ergebnis:

Der Beschluss wird bei einer Enthaltung einstimmig gefasst.

Antrag der CDU-Beiratsfraktion: Mehr Personal für die Polizei

Beschluss:

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Inneres und Sport auf, zusätzliches, über die geplanten Einstellungen für 2012 hinaus, Personal für die Polizei einzustellen, um so die der Polizeireform zu Grunde liegenden Zielzahl von 2.600 zu erreichen.

Ergebnis:

14 Beiratsmitglieder stimmen für den Antrag, 1 Mitglied stimmt gegen den Antrag, eines enthält sich.

Antrag der CDU-Beiratsfraktion: Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz

Herr Scharf begründet den Antrag.

Herr Pörschke erinnert daran, dass der Beirat Vegesack seiner Zeit einen vergleichbaren Antrag nicht abgelehnt hat. Evtl. kann die Überwachung ein gutes Mittel zur Täterverfolgung sein. Es stellt sich die Frage, ob die Aufnahmen direkt angesehen und welchen Stellenwert den Kameras insgesamt einräumt werden. Herr Pörschke setzt allerdings eher auf die Präsenz der Polizei und der Bürger sowie von Gruppen, wie die Nachtwanderer.

Bevor der Antrag abschließend beraten wird, sollten weitere Informationen vom Senator für Inneres und Sport eingeholt werden.

Frau Sprehe befürwortet die Vertagung des Antrages. Evtl. kann der Senator für Inneres und Sport über die Erfahrungen aus der Überwachung an der Discomeile berichten.

Herr Buchholz erachtet eine Videoüberwachung, wie von der Innenministerkonferenz 2000 festgestellt, nur als Teil eines gesamten Maßnahmenbündels als sinnvoll. Es ist zu gewährleisten, dass die Aufnahmen ausgewertet werden, ansonsten würde nur eine Scheinsicherheit bestehen.

Herr Degenhard führt die abschreckende Wirkung der Kameras an.

Laut Frau Frenzel werden den Kameras auch eine präventive Wirkung zugeschrieben. Die Auswertung der Filme soll nur im Bedarfsfall erfolgen.

Herr Kiener schließt sich dem Wunsch auf Vertagung von Herrn Pörschke an. Er sieht eher eine aufklärende denn eine präventive Wirkung der Kameras.

Herr Pörschke möchte mit dem Senator für Inneres und Sport nicht nur die Videoüberwachung, sondern die Situation am Bahnhofsvorplatz insgesamt, diskutieren.

Frau Sprehe merkt an, dass die Kameras einen Verdrängungseffekt nach sich ziehen könnten. D.h. Straftaten würden dann an anderer Stelle begangen werden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Die Beratung und die Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Beiratsfraktion: Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz wird bis zur nächsten Sitzung des Beirats ausgesetzt. Zu dieser Sitzung wird der Senator für Inneres und Sport eingeladen, damit dieser zum Thema „Videoüberwachung: deren Nutzung und Sinn unter Bezugnahme auf Ergebnisse, die bereits bei bestehenden Videoüberwachungen in der Innenstadt erzielt werden konnten“ sowie zur „Gesamtsituation des Bahnhofsvorplatzes“ referieren kann.

Im Anschluss daran wird der Beirat über den vorliegenden Antrag beraten und beschließen.

Ergebnis:

14 Beiratsmitglieder stimmen für den Antrag, 1 Beiratsmitglied dagegen.
Ein Beiratsmitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22.30 Uhr.

Tagesordnungspunkt 8 Beratung der übrigen Anträge und Anfragen

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 10
Mitteilungen der Beiratssprecherin

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 11
Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Die Sitzung wird um 21.50 Uhr geschlossen.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin